

## Berliner Brückendilemma

### Von A100 bis Wuhlheidebrücke

**Berlin ist Weltmeister? Weltmeister im Abreißen von Brücken! Das Abreißen der Ringbahnbrücke der A100 oder der Brücke an der Wuhlheide ist in höchster Geschwindigkeit und Präzision erfolgt.**

Haben wir damit unsere Brückenprobleme gelöst? Böse Zungen könnten sagen, na klar, wenn wir so weiter abreißen, haben wir bald keine maroden Brücken mehr in Berlin.

Aber nein, was wir brauchen, ist natürlich ein Brückenaufbauprogramm. Berlin hat mehr Wasser und Brücken als Venedig, d.h. ohne Brücken bricht die Mobilität zusammen – nicht nur für Autos, sondern auch für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Seit Jahrzehnten kennen wir die Problematik der „Spannungsrissskorrosionsgefahr“, d.h. der Probleme durch schlechtes Material in unseren Brücken. Und wir wissen, dass beispielsweise die

Ringbahnbrücke ursprünglich für 6.000 Fahrzeuge täglich konstruiert worden ist, zuletzt aber täglich fast 90.000 Fahrzeuge über die Brücke führen.

Deshalb müssen wir politisch umdenken und endlich in unsere Zukunft, in wichtige Investitionsvorhaben investieren.

Statt täglich über 1,2 Millionen Euro Steuergeld in die Unterkünfte von Asylbewerbern zu stecken, müssen wir das Geld für die Sanierung von Brücken, Schulen und der Berliner Infrastruktur verwenden.

Die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte kann auch die AfD nicht in wenigen Jahren wieder ausgleichen, aber wir würden einen ehrlichen Kassensturz machen und sofort beginnen, die Berliner Infrastruktur zukunftsfähig zu machen. Das ist der Weg, um unsere Stadt voranzubringen.

ROLF WIEDENHAUPT

## Remigration statt Freiheitseinschränkung

### Die einfache Lösung des "Messerproblems"

**Messer sind unschuldige Gegenstände. Wir können mit ihnen Brot schneiden – oder Menschen abstechen. Spätestens seit Solingen ist auch dem letzten Bürger klar, daß wir ein Problem mit letzterem haben. Praktisch täglich lesen wir von Messerattacken. Berlin ist besonders hart betroffen.**

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik hat dazu im vergangenen Jahre diese deutliche Aussage gemacht: Gewalt in Berlin sei „jung, männlich und hat einen nicht-deutschen Hintergrund“. Das gelte auch für Messergewalt.

Wir können also von einem Problem sprechen, daß in erster Linie von Personengruppen mit Migrationshintergrund verursacht wird. Die regierungsnahen Medien versuchen, diesen Aspekt zu verschleiern, was natürlich lächerlich

ist, denn jeder weiß, daß sich hinter den gemeldeten Messerattacken nicht Oma Frieda verbirgt. Da nutzt auch nicht mehr der Hinweis, es handele sich bei den Kriminellen "um deutsche Staatsbürger". Die AfD sorgt mit Vornamenabfragen für das notwendige Maß an Transparenz.

● **Wir sprechen von einem Problem, daß in erster Linie von Personengruppen mit Migrationshintergrund verursacht wird.**

Wie sieht nun die Lösung dieses für alle Bürger bedrohlichen Problems aus? Von den etablierten Kräften ist selbst nach den zähneknirschenden Eingeständnissen im besten Falle von mehr Kameraüberwachung und "Messerverbotszonen" zu

**Folgen Sie der  
Hauptstadtfraktion  
in den Medien  
und nehmen Sie  
Kontakt auf:**

+49 30 23 25-26 22

info@afd-fraktion.berlin

afd-fraktion.berlin

x.com/afdfraktionagh

facebook.com/AfDFraktionAGH

youtube.com/c/AfDFraktion  
AbgeordnetenhausBerlin

instagram.com/afdfraktionagh

tiktok.com/@hauptstadtfraktion



**Abonnieren  
Sie unseren  
Newsletter**

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER** Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin **V.i.S.d.P.** Dr. Kristin Brinker **TELEFON** 030 2325-2622 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin *Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.*

hören. Typisch: Die brave Bevölkerungsmehrheit soll für eine kriminell auffällige Minderheit ihre Rechte einbüßen. Dabei wären diese orwellischen Lösungen mit ihren Freiheitseinschränkungen gar nicht nötig, würde der Staat das Problem bei der Wurzel packen.

Das ist der Ansatz der AfD, die eine einfache Lösung vorschlägt: drakonische Strafen und schnellstmögliche Ausweisung von sämtlichen Ausländern, die das Gastrecht grob mißbrauchen und Straftaten begehen. Das gilt auch für sogenannte Flüchtlinge. Wer vorgibt, vor Bedrohung geflohen zu sein, um dann im Aufnahmeland andere zu bedrohen, hat sein Recht auf humanitäre Hilfe verwirkt.

THORSTEN WEISS

# Darum ist die Brandmauer undemokratisch

**Die systematische Ausgrenzung richtet sich gegen die Bürger unserer Stadt.**

Die Enquete-Kommission zum Thema **Rassismus im Berliner Abgeordnetenhaus** kommt ohne Vertreter der AfD aus. Die Kandidaten **Fabian Schmidt-Ahmad** und **Feroz Khan** (beide mit Migrationshintergrund), waren den Abgeordneten von CDU bis Linkspartei nicht politisch korrekt genug, so dass ihnen die Wahl in dieses Gremium versagt wurde.

Landauf, landab das gleiche Spiel: Benennt die Alternative für Deutschland Vertreter für ein Gremium – vom Parlamentspräsidium bis zur Landeszentrale

für Politische Bildung – so scheitern diese an der sogenannten "Brandmauer", also der Ablehnungsfront durch die anderen Parteien.

- Die flächendeckende Nichtwahl von AfD-Vertretern wird zu einem Problem für unser Land.

So fiel zuletzt im Bundestag etwa die hessische Abgeordnete Nicole Hess bei der Wahl zur stellvertretenden

Vorsitzenden des Kulturausschusses durch. Jetzt wird der Vorsitzende dieses Gremiums im Krankheitsfall stets von Gregor Gysi vertreten, da dieser das dienstälteste Mitglied des Parlaments ist.

Die flächendeckende Nichtwahl von AfD-Vertretern wird zu einem Problem für unser Land. Nicht, weil die abgelehnten Bewerber sich jammern und ihre Mitwirkung einstellen würden – das wird nicht geschehen. Aber in unserem Gemeinwesen werden die Interessen der



Bürger maßgeblich durch die von ihnen gewählten Parteien vertreten. So will es das Grundgesetz, das diesen Parteien erhebliche Privilegien einräumt.

- AfD-Abgeordnete vertreten den Wählerwillen und damit ein legitimes Interesse.

Die systematische Ausgrenzung ihrer Partei richtet sich gegen die Bürger, die dieser Partei ihre Stimme gegeben haben. Die anderen Parteien werfen

der AfD zuweilen Spaltung vor, dabei sind sie es, die einen Teil der Bürger zu entrechten versuchen. AfD-Abgeordnete vertreten den Wählerwillen und damit ein legitimes Interesse. Sie werden nicht aufgeben, sondern umso hartnäckiger ihre Aufgabe wahrnehmen.

RONALD GLÄSER



Mehr Infos findet ihr auf unserer Webseite:

## Bereit zur Verantwortung – blockiert von der Brandmauer

Nicht gewählt.



Jeannette Auricht, Mitglied Letteverein-Kuratorium, Enquete "Rassismus"

Nicht gewählt.



Marc Vallendar, Vorsitzender Ausschuss für Digitalisierung, Mitglied G10-Kommission



Frank-Christian Hansel, Mitglied Stadtwerke-Beirat, Enquete "Rassismus", Vorsitzender Wirtschaftsausschuss

Nicht gewählt.



Karsten Woldeit, Vizenvorsitzender Untersuchungsausschuss Neukölln



Martin Trefzer, Mitglied Präsidium

Nicht gewählt.



Hugh Bronson, Mitglied Präsidium

Nicht gewählt.



Rolf Wiedenhaupt, Vorsitzender Ausschuss für Mobilität

Nicht gewählt.



Robert Eschricht, Ersatzmitglied Untersuchungsausschuss Neukölln

Nicht gewählt.

Nicht gewählt.



Alexander Bertram, Vizenvorsitzender Umweltausschuss



Tommy Tabor, Mitglied Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

Nicht gewählt.

# Lichter für den Ramadan – Dunkelheit für unsere Werte?

**Ramadan-Beleuchtung auf dem Ku'damm – während in Köln das Kalifat gefordert wird.**

In Hamburg und Köln marschieren Islamisten durch die Straßen, fordern das Kalifat, spotten offen über unser Grundgesetz – und was tun Grüne und Linke in Berlin? Sie wollen den Ramadan mit Festbeleuchtung feiern. Kurfürstendamm, Unter den Linden, Friedrichstraße – alles soll künftig im islamischen Glanz erstrahlen. Mit Steuergeldern, wohlgemerkt – oder „Tourismusmitteln“, wie man es schönfärberisch nennt.

Das ist kein Symbol für Vielfalt – das ist ein Symbol der Kapitulation.

Wer das politische Klima in Berlin mit offenen Augen verfolgt, weiß: Das ist kein harmloser Akt des „Respekts“. Es ist Teil eines ideologisch motivierten Kulturumbaus, bei dem die eigene Geschichte, die eigene Identität und unsere christlich-abendländische Prägung Stück für Stück abgetragen werden. Weihnachten darf man kaum noch sagen, Kirchen stehen leer – aber für Ramadan gibt's bald Lichterketten.

Das ist nicht Integration – das ist Selbstaufgabe. Und es ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die sich Sorgen machen über Parallelgesellschaften, Integrationsverweigerung, wachsende Islamisie-



Foto AfD-Fraktion Berlin

rung und importierte Konflikte. Während Christen weltweit verfolgt werden, während in deutschen Städten antisemitische Demos toben, während Frauenrechte in bestimmten Milieus mit Füßen getreten werden, feiert die Hauptstadt Ramadan im Lichterglanz.

- **Weihnachten darf man kaum noch sagen, Kirchen stehen leer – aber für Ramadan gibt's bald Lichterketten.**

Die Frage ist nicht, ob man muslimisches Leben „sichtbar“ machen soll. Die Frage ist: Warum ist ausgerechnet das jetzt das politische Ziel?

Wo bleibt die Sichtbarkeit deutscher Kultur, deutscher Leitwerte, deutscher Geschichte?

Solange sich Politik der Realität verweigert und stattdessen ideologischen Wunschprojekten nachrennt, wird dieses Land weiter gespalten. Wer meint, man könne Islamismus mit Wohlfühlbeleuchtung entschärfen, hat nichts verstanden. Und wer glaubt, Identität entstehe durch Gleichmacherei, zerstört am Ende alles, was dieses Land einmal stark gemacht hat.

JEANNETTE AURICHT

## Genug verwahrlost – Sauberkeit ist Ehrensache!

**Der Senat zeigt Engagement und startet eine Umfrage, statt selbst durch die Kieze zu gehen.**

**Unsere Stadt ist in keinem guten Zustand: Müllentsorgung, Busse und Bahnen, Obdachlosencamps und Drogenkriminalität sind in Berlin alltäglich. Diese Verwahrlosung gefährdet die Lebensqualität, die Umwelt und die Sicherheit der Menschen.**

Viele Berliner haben sich an diesen Zustand gewöhnt. Durch die tägliche Konfrontation mit Müll und Vandalismus stumpft die Wahrnehmung ab – die Verwahrlosung wird zur Normalität.

Als AfD-Fraktion haben wir daher ganz klar gesagt: Bis hierhin und nicht weiter! Wir schauen nicht tatenlos zu, wie unsere Hauptstadt voller Geschichte, Kultur und Leben immer weiter dem Verfall preisgegeben wird. Mit unserer Online-Kampagne, unseren Bürgerdialogen und unseren parlamentarischen Initiativen



halten wir seitdem den Druck auf den Senat und die verantwortlichen Stellen hoch.

Täglich erreichen uns Zusendungen von Menschen, die genug von diesen Zuständen in ihrem Kiez haben und unser Bürgerdialog im Rathaus Charlottenburg bestärkte uns ebenfalls, dass wir mit unseren Forderungen auf dem richtigen Weg sind.

Der Senat hat unterdessen eine Umfrage gestartet, wie sauber oder auch dreckig die Bürger Berlin finden. Dabei reicht ein einfacher Spaziergang durch die vielen Stadtteile schon aus, um sich einen Überblick zu verschaffen. Der Senat

sollte besser tätig werden, dann brauchen wir künftig bei seinen Umfragen auch nicht mehr die Auswahloption „Viele Müllhaufen ohne Abstand, am Straßenrand liegt durchgehend Müll und dieser reicht bis auf den Fußweg“.

- **Täglich erreichen uns Zusendungen von Menschen, die genug von diesen Zuständen haben**

Doch wird das wohl kaum passieren. Denn eines hat dieser Senat in den zurückliegenden Jahren gezeigt. Er kann vor allen Dingen nur eines richtig gut: ignorieren, aussitzen und abstreiten.

~ALEXANDER BERTRAM